

Universitäten im Budgetengpass

Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts, sagte Hannes Androsch im Technologieausschuss des Parlaments. Forschungsaktivitäten könne man nicht bei Schleckner im Regal kaufen, und qualifizierte Forscher nicht übers AMS abrufen. Dynamische Kontinuität sei wichtig, d. h. ein verlässlicher Budgetpfad ohne längere Einbrüche. Dem Präsidenten des Rates für Forschungs- und Technologieentwicklung kann man nur beipflichten.



Aber der Bundesfinanzrahmen bis 2015 sieht ein reales Minus für die Universitäten vor. Der Rektor einer Wiener Universität sagte mir, wenn das so bleibe, sei seine Uni 2014 zahlungsunfähig (und das Ministerium wisse das). Wien kann dem gegensteuern, das Finanzversagen des Bundes aber nicht kompensieren.

Die Europäische Kommission nennt 2 % des BIP als Ausgabenziel für den Tertiären Sektor (inklusive Fachhochschulen). Ebenso die Bundesregierung. Es fehlt allerdings der verlässliche Budgetpfad dorthin. Wir reden hier nicht von marginalen Anpassungen; 2 % des BIP wären 2 Mrd. Euro zusätzlich zum jetzigen Uni-Budget. Bis 2020 kann man dieses Ziel nur erreichen, wenn man jetzt damit beginnt und jedes Jahr Erhöhungen eisen durchzieht.

Auch die zuständigen Minister gestehen zu, dass die Universitäten mehr Geld brauchen; das solle aber nicht vom Staat allein kommen. Studiengebühren und Mittel „der Wirtschaft“ seien angesagt. Beides hakt. Jetzt schon arbeiten zu viele Studierende nebenher und verlieren dadurch Zeit und Energie fürs Studium. Statt Studiengebühren wäre eine Art Grundversicherung für Studierende sinnvoll, natürlich gebunden an den Studien-erfolg, und im Gegenzug eine Streichung der jetzigen elternbezogenen Leistungen. Schließlich sind Studierende erwachsen und keine Kinder.

Mittel „der Wirtschaft“ sind in der angewandten Forschung willkommen, solange die Freiheit der Forschung und die Öffentlichkeit ihrer Ergebnisse erhalten bleiben. Aber die Universitäten sind der Hort der Grundlagenforschung. Die ist nicht verwertungsorientiert, sondern neugiergetrieben, und zwar ausschließlich von der Neugier der Forscher. Sind diese exzellent, dann gibt es (nach Jahren) Resultate, aber man weiß im Vorhinein nicht welche. Aufgrund dieser Unsicherheit ist die Finanzierung der Grundlagenforschung überall auf der Welt primär Sache des Staates und nicht „der Wirtschaft“, von lobenswertem privatem Mäzenatentum abgesehen.

Das bedeutet nicht, auf Wettbewerb unter Forschern zu verzichten. Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung oder der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds betreiben vorbildliche kompetitive Forschungsförderung. Die Ablehnungsraten sind hoch, nicht nur wegen der zu geringen Fondsmittel, sondern auch aufgrund des Wettbewerbscharakters. Ähnlich verfährt die Stadt Wien bei den Fachhochschulen: nicht pauschale Förderung, sondern Auslobung (Calls) für Projekte oder Ausstattungen.

Gut organisierter Wettbewerb fördert die Forschungsqualität. Aber wir sollten auch Anreize zu mehr Kooperation von Universitäten und Instituten setzen. Es gibt eine Reihe von ungenutzten Synergiepotentialen. So haben die Angewandte und das Konservatorium (formal eine Privatuniversität der Stadt Wien) kürzlich vereinbart, in Lehre und Forschung intensiver zu kooperieren.

Es gibt also Fortschritte, trotz finanzieller Enge. Baustellen bleiben genug: Raumfragen müssen gelöst, der wissenschaftliche Nachwuchs muss gefördert, und die Internationalisierung der Forschungsinstitutionen muss vorangetrieben werden. Bei Raumfragen ist die Stadt Wien nicht immer ausreichend in die Planung eingebunden. Beim Nachwuchs müssen z. B. die Finanzierung von Doktoranden und die Karriereverläufe von Postdocs geklärt werden. Und ohne Internationalität gibt es keine Exzellenz. Das gilt für das Lehr- und Forschungspersonal wie auch für Studierende. Drittstaatenangehörige haben zu viele Hürden zu überwinden.

Univ.-Prof. Dr. Alexander van der Bellen
Beauftragter der Stadt Wien für Universitäten